

Symbolik oder Durchbruch? Frauenpolitik mit der Bundeskanzlerin

Rudolph, Clarissa

2006

<https://doi.org/10.25595/3084>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rudolph, Clarissa: *Symbolik oder Durchbruch? Frauenpolitik mit der Bundeskanzlerin*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 15 (2006) Nr. 1, 99–102. DOI: <https://doi.org/10.25595/3084>.

Tagespolitik

Symbolik oder Durchbruch?

Frauenpolitik mit der Bundeskanzlerin

Clarissa Rudolph

Ist die Tatsache, dass mit Angela Merkel erstmals eine Frau zur Bundeskanzlerin gewählt worden ist, ein frauenpolitisches Symbol und Beweis für die Bedeutung dieses Politikbereiches? Oder verweist die Tatsache, dass im CDU/CSU-Wahlprogramm der Bereich „Frauenpolitik“ praktisch nicht vorkam, darauf, dass Bundeskanzlerin nur werden kann, wer sich gerade nicht mit diesem Politikfeld beschäftigt? Eine Analyse der Entwicklung der Frauenpolitik vor der Bundestagswahl, währenddessen und danach soll die Ambivalenzen der jüngsten frauenpolitischen Veränderungen verdeutlichen.

Marginalisierung von Frauenpolitik in Bund und Ländern

In der Tat spielte Frauenpolitik im Wahlkampf eine äußerst geringe Rolle, analog zur Bedeutung von Frauenpolitik in Bund und Ländern in den letzten Jahren. Nachdem Gerhard Schröder Frauen- und Familienpolitik zu Beginn der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung noch als „Gedöns“ abgetan hatte, fand mit dem Wechsel im Ministerium von Christine Bergmann zu Renate Schmidt in der zweiten Legislaturperiode eine drastische Aufwertung von Familienpolitik statt – die mit einer Marginalisierung von Frauenpolitik einherging. Im gleichen Maße, wie Familienpolitik zum Wahlkampfthema wurde, verschwand Frauenpolitik von der politischen Agenda; das höchst umstrittene Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft kam z.B. gar nicht mehr vor.

Auch in den Bundesländern ist ein Zurückdrängen von Frauenpolitik zu beobachten: Als wir zwischen 1999 und 2002 die kommunale Frauenpolitik in drei Bundesländern untersucht haben (vgl. Rudolph/Schirmer 2004), gingen wir davon aus, dass die Institutionalisierung von Frauenpolitik mittlerweile unumstritten sei und es nun darum ginge, Form und Umsetzung in einem permanenten selbstkritischen Prozess zu „verbessern“. Das Gegenteil aber ist der Fall: In den Bundesländern, in denen SPD-geführte Landesregierungen abgewählt wurden, war die Rücksetzung frauenpolitischer Gesetze und Institutionen eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierungen (Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein). In Hessen steht sogar das Gleichberechtigungsgesetz zur Disposition, das bis zum Jahresende 2006 befristet ist.

Zum aktuellen Stand der Frauenpolitik lässt sich insgesamt festhalten, dass sie derzeit v.a. von zwei Trends geprägt ist: Klassische Frauenpolitik wird einerseits durch Gender Mainstreaming und andererseits durch Familienpolitik abgelöst, wobei dabei immer noch die Zielgruppe der Mütter im Mittelpunkt steht. Andere strukturelle Diskri-

minierungen oder Lebensweisen jenseits einer Partnerschaft mit Kindern treten hinter diesen Mainstream deutlich zurück.

Frauenpolitik im Wahlkampf

Eine frauenpolitische Analyse des Bundestagswahlkampfes 2005 muss die Frage nach dem Thema „Frauenpolitik im Wahlkampf?“ von der Frage nach „Frauen (und Männern) im Wahlkampf?“ unterscheiden. Wendet man sich dem ersten Aspekt zu, zeigt ein Blick in die Wahlprogramme insgesamt eine deutliche Irrelevanz von Frauenpolitik. Inhaltlich betonte die SPD v.a. den Gender-Mainstreaming-Ansatz und die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben. Bündnis 90/Die Grünen wollten, dass Frauenpolitik ein hartes Politikfeld wird, votierten für Gleichstellung und eine neue Rollenverteilung. Die Linke.PDS strebte die weitere Gleichstellung durch Frauenförderung und insbesondere verbesserte Möglichkeiten unabhängiger Existenzsicherung an. Auch die FDP setzte v.a. auf Gender Mainstreaming. Und die CDU? Die CDU sorgte für die massivsten frauenpolitischen Diskussionen, obwohl in ihrem Wahlprogramm „Frauenpolitik“ gar nicht vorkam. Nur in der Familienpolitik wurde die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgenommen. Aber die CDU hatte Angela Merkel und Paul Kirchhof – die eine sorgte durch ihr Geschlecht für eine Debatte, die man auch als frauenpolitisch titulieren könnte, der andere trug durch seine familienpolitischen Grundsätze zu einigen frauenpolitischen Irritationen bei.

Politikstrategien: Konzeptionierung oder Personalisierung?

Frauenpolitisch-strategisch standen sich im Wahlkampf zwei Positionen gegenüber: Die einen, die darauf beharrten, dass v.a. frauenpolitische Konzepte und Positionen ausschlaggebend sind, um für oder gegen eine Partei einzutreten, und die anderen, die durch die „Personalie Angela Merkel“ einen frauenpolitischen Fortschritt beobachteten.

Hinsichtlich der Debatte über frauenpolitische Konzepte boten v.a. die Äußerungen von Kirchhof Anlass für Aufregung. Dabei fand in der Union interessanterweise zu keinem Zeitpunkt eine wirkliche Distanzierung von seiner Sichtweise geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung statt, bei der die Mutter in der Familie Karriere macht und der Vater seine Identität daraus bezieht, die ökonomischen, aber auch ideellen Grundlagen der Familie zu schaffen. Möglicherweise kam diese Position einigen Teilen der Union geradezu gelegen angesichts des Missstands, von einer Frau als Kanzlerin *in spe* angeführt zu werden. Schließlich mussten auch die konservativen Kreise bedient werden.

Aus einer personalisierenden Perspektive wurde die Kandidatur Merkels und ihr Sieg über Edmund Stoiber als Beweis für die erfolgreichen frauenpolitischen und frauenbewegten Kämpfe der letzten Jahrzehnte gewertet. Insbesondere Alice Schwarzer verwies in den öffentlichen Diskussionen zwar auf die Marginalisierung frauenpoliti-

scher Akzente im Wahlprogramm, votierte aber trotzdem für die Unterstützung von Merkel, da allein die Tatsache, dass eine Frau Bundeskanzlerin wäre, die Frauenfrage entscheidend voranbringen könnte. Ist die Frauen- und Geschlechterfrage also so simpel, dass sie auf die Frage des Geschlechts reduziert werden kann? Und ist der feministische Durchbruch dann erzielt, wenn auch eine Frau schlechte (Frauen-)Politik machen darf? Die frühere Tätigkeit Merkels als Frauenministerin oder auch die Marginalisierung von Frauenpolitik im Wahlprogramm der CDU spricht im besten Fall eher für eine frauenpolitische Stagnation, nicht aber für strukturelle Fortschritte.

Frauenpolitik in der großen Koalition

Was lässt sich aus den Koalitionsverhandlungen und den ersten Aktivitäten der Regierung Merkel für die zukünftige Frauenpolitik auf Bundesebene schließen? Dem Kabinett Merkel gehören fünf Frauen und zehn Männer an. Im letzten Kabinett Schröder war das Geschlechterverhältnis mit sechs Frauen und sieben Männern ausgeglichener. Die größere Zahl der Ministerien ist also den männlichen Politikern zugute gekommen. Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist Ursula von der Leyen (CDU). In Niedersachsen ist sie als Sozialministerin damit hervorgetreten, dass sie als eine ihrer ersten Amtshandlungen das niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz novelliert und die Verpflichtung von Kommunen zur Einsetzung von kommunalen Frauenbeauftragten stark eingeschränkt hat. Auch auf Bundesebene spricht sich von der Leyen deutlich gegen gesetzliche Gleichstellungsregelungen aus (*die tageszeitung*, 18.2.06, 4).

Im Koalitionsvertrag (2005) werden die Schwerpunkte der letzten Bundesregierung fortgesetzt: Im Zentrum steht die Familienpolitik; Frauen- und Gleichstellungspolitik sind nicht mehr als Querschnittsthema angelegt, sondern nur mit wenigen Einzelthemen verankert, wobei insbesondere im Bereich der „gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ v.a. vage Absichtserklärungen enthalten sind. Weitere Themen sind die „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“, „rechtliche Absicherung der anonymen Geburt“ und „Spätabtreibungen“. Der Bereich der Familienpolitik konzentriert sich auf eine bessere Infrastruktur für Familien, insbesondere Betreuung und frühkindliche Förderung, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und die finanzielle Förderung durch ein Elterngeld, das stärker als bisher einkommensabhängig errechnet wird und mindestens zwei Monate Betreuung durch den Vater gewährleisten soll. Das Elterngeld ist koalitionsintern noch umstritten aufgrund der Höhe der finanziellen Aufwendungen und des „Zwangs“ zur Aufteilung der Elternzeit zwischen beiden Geschlechtern. Tatsächlich ist aber zu kritisieren, dass durch dieses Konzept in erster Linie einkommensstarke Familien gefördert würden, während einkommensschwache lediglich eine Mindestleistung in bisheriger Höhe erhalten sollen.

Die Vorschläge zur steuerlichen Anrechnung von Kinderbetreuungskosten knüpfen an diesen Ausschluss sozial schwacher Familien an: Nur wer überhaupt soviel Einkom-

men hat, dass er/sie nennenswert Steuern zahlt, profitiert von dieser Form der Förderung. Dass die steuerliche Absetzbarkeit nun auch für Familien mit nur einem Einkommen gelten soll, ist sicherlich auf die Angst der CDU vor einer Benachteiligung der traditionellen Hausfrauenehe zurückzuführen. Allerdings profitieren davon unter Umständen auch Alleinerziehende und Familien, in denen ein Elternteil zwar erwerbslos ist, die aber trotzdem auf die Chancen außerhäusiger Betreuung und Sozialisation nicht verzichten wollen. Insgesamt aber steht dieses Vorhaben in der Tradition individualisierender Familienpolitik; der notwendige Ausbau der Infrastruktur für Kinderbetreuung erfolgt nicht.

Symbolik oder Durchbruch? Die Bedeutung von Vorbildern in der Politik

Wenn also die bisherigen familienpolitischen Vorhaben eher skeptisch zu beurteilen sind, können dann die Vorbilder der „Karrierefrauen“ in der Regierung neue Akzente setzen? Hier stellt sich die Frage, welche Vorbilder denn präsentiert werden. Keine, die über traditionelle Rollenverteilungen und geschlechtsspezifische Strukturen hinausgehen; sowohl Merkel als auch von der Leyen verkörpern beide die „Ausnahme von der Regel“. Merkel ist nicht wegen, sondern *trotz* ihres Geschlechts Bundeskanzlerin geworden; sie ist erfolgreich, weil sie sich den herrschenden, männlich geprägten Spielregeln anpasst (vgl. auch *Lepperhoff* in diesem Heft). Und von der Leyen verstärkt durch die Ablehnung struktureller Fördermaßnahmen und die Stärkung individueller Unterstützungsleistungen den Mythos „Wer sich richtig anstrengt und es will, der/die schafft es auch“.

Was überwiegt nun – der schale Nachgeschmack, wenn die Kategorie „Geschlecht“ rein machtpolitisch genutzt wird oder die Freude darüber, dass die Thematisierung von Geschlecht derzeit weit verbreitet ist? Vieles hängt von dem weiteren Umgang damit durch Merkel selbst ab; allerdings zeigen die frauenpolitischen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen, dass Symbolik und Medialisierung sich nicht zwingend materiell in der Frauenpolitik niederschlagen. So könnte sich mittelfristig der Erfolg Merkels als ein Misserfolg für die Frauenpolitik erweisen: wenn nämlich die Tatsache, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin ist, als Begründung für die weitere Marginalisierung von Frauenpolitik herhalten muss.

Literatur

Koalitionsvertrag, 2005: *Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*. 11.11.2005.

die tageszeitung, 18.2.2006: „Eine Kanzlerin ist besser als die Frauenquote“. Interview mit Ursula von der Leyen, 3-4.

Rudolph, Clarissa/Schirmer, Uta, 2004: *Gestalten oder Verwalten? Kommunale Frauenpolitik zwischen Verrechtlichung, Modernisierung und Frauenbewegung*. Wiesbaden.